



Susanne Kastner, MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

PRESSEMITTEILUNG

20. Juni 2008

Mehr Mut zur Kritik an München

Susanne Kastner: Regelungen beim Büchergeld nicht einfach hinnehmen

Berlin/Haßfurt Mehr Mut zur deutlichen Kritik an der Staatsregierung wünscht sich Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner von den unterfränkischen Landräten. Vor allem in Sachen Büchergeld müsse man in München unmissverständlich klar machen, dass die Kommunen nicht bereit sind, wie vorgesehen ein Drittel der Kosten für neue Schulbücher zu übernehmen.

Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner kann verstehen, dass die unterfränkischen Landräte sich beim Thema Büchergeld vom Freistaat Bayern im Stich gelassen fühlen. In einer Pressemitteilung hatten die Landräte ihrer Enttäuschung über die neuen Regelungen Ausdruck verliehen und ein „kommunalfreundliches Verhalten“ von der Staatsregierung gefordert.

„Es kann nicht sein, dass ein Großteil der Kosten für die Abschaffung und Neuregelung an den Kommunen hängen bleibt“, findet auch Susanne Kastner die Neuregelung, nach der die Kommunen ein Drittel der Kosten übernehmen, alles andere als gerecht.

Allerdings dürften es die Landräte nicht beim Lamentieren in der Öffentlichkeit und bei kritischen Worten belassen. „Sie sollten sich da beschweren, wo es angebracht ist, bei ihren Parteioberen.“ Schließlich sei das Büchergeld eine Idee der CSU und der bayerischen Staatsregierung gewesen – eine schlechte allerdings!

„Die Abschaffung war die absolut richtige Entscheidung“, macht Susanne Kastner klar. Es sei ein Unding gewesen, die Kosten für Schulbücher einfach auf die Eltern abzuwälzen. „Die Bildung unserer Kinder sollte und muss dem Freistaat etwas wert sein.“ Wobei die Betonung auf Freistaat liegt. „Der versucht sich auch nach der Abschaffung weiter aus der Pflicht zu stehlen“, erklärt die Bundestagsvizepräsidentin. Schließlich bleiben immerhin ein Drittel der Kosten für Schulbücher in Höhe von gut 45 Millionen Euro an den Kommunen hängen. „Das widerspricht dem Konnexitätsprinzip.“

Die Landräte und auch andere Kommunalpolitiker seien in der Pflicht, in München massiv Sturm gegen diese Regelung zu laufen. „Es geht nicht, dass die Kommunen für den Fehler, den die Staatsregierung mit der Einführung des Büchergelds gemacht hat, zahlen müssen.“ Die Gelder in den Kreisen, Städten und Gemeinden könnten gut an anderer Stelle gebraucht werden. Auch und gerade im Bereich Bildung und Soziales. „Wenn die Landräte wirklich Politik für ihre Bürger machen, dann werden sie alles unternehmen, damit der Freistaat seiner Pflicht nachkommt und einen weit größeren Anteil der Kosten für die Schulbücher übernimmt.“